



# Bezirksregierung Münster Bezirksplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaeftsstelle@bezreg-muenster.nrw.de

## Sitzungsvorlage 40/2009

### Niederschrift der ordentlichen Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Münster am 22.06.2009

Berichterstatter: Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller-Elverfeld

Bearbeiter: Oberregierungsrätin Andrea Beatrix-Hess  
Tel.: 0251-411-1750  
Regierungsbeschäftigte Inge Weber  
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 28.09.2009**

### Beschlussvorschlag

#### für die Verkehrskommission:

- Zustimmung  Kenntnisnahme

#### für die Strukturkommission:

- Zustimmung  Kenntnisnahme

#### für den Regionalrat:

- Zustimmung  Kenntnisnahme

## **Niederschrift der Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Münster am 22.06.2009**

---

**Beginn: 9.30 Uhr**  
**Ende: 12.20 Uhr**  
**Anwesenheitsliste: s. Anlage 1**

**Der Vorsitzende** begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.03.2009**

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

### **TOP 9a: 6. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Emscher-Lippe - Reduzierung eines „Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben“ mit Herausnahme der Zweckbindung „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ sowie Anpassung der Freiraumdarstellungen auf dem Gebiet der Städte Datteln und Waltrop („newPark“)**

Der Regionalrat beschloss, die Beratung des TOP 9a vorzuziehen.

**Frau Regierungsvizepräsidentin** gab einen Überblick über die bisherige Entwicklung des Projektes „newPark“. Die Zielsetzung sei, überwiegend großflächige Produktionsstätten zur Verfügung zu stellen. Im Frühjahr dieses Jahres habe die Wirtschaftsministerin der „newPark“-Entwicklungsgesellschaft einen Förderbescheid zur Förderung der Planungskosten für das Projekt übergeben. Mit den Auflagen dieses Förderbescheides sei u.a. festgelegt worden, dass die Flächen nur an Industrieunternehmen vermarktet werden dürfen und keine kleinteilige Vermarktung von Teilflächen stattfinden dürfe. Eine weitere Auflage sehe aber auch den zügigen Beginn der Planung vor. Da die Zuständigkeiten im Bereich der Regionalplanung im Oktober auf den RVR übertragen werden und auf Grund dieser Umstrukturierungen die RVR-Versammlung sich frühestens im Februar 2010 konstituiere, würde dies zu weiteren Verzögerungen führen.

Vor diesem Hintergrund sei der vorliegende Erarbeitungsbeschluss jetzt erstellt worden, um die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen. Die Stadt Datteln habe mit Schreiben vom 02.06.2009 ebenfalls um eine zügige Anpassung der Regionalplanung gebeten. Die Stadt Waltrop sei ebenfalls informiert worden und habe um eine Verlängerung der Beteiligungsfrist gebeten. Außerdem habe der BUND angeregt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Bezirksregierung habe dies geprüft und festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung hier nicht durchgeführt werden müsse, da der Plan und die Fläche bereits 2005 festgestellt worden sei, bevor die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung in das Landesgesetz aufgenommen worden sei.

Aufgrund der Anregungen aus den Fraktionsbesprechungen sei die Beteiligungsfrist auf 2 Monate verlängert worden. Außerdem wurde in der vorliegenden Tischvorlage verdeutlicht, dass es sich um eine Fläche für die Ansiedlung von Großunternehmen mit einer Größe von mindestens 80 ha handele.

**Herr Pantförder** erinnerte an die intensive Beschäftigung mit diesem Projekt in den letzten Jahren. Dabei sei auch die verkehrliche Erschließung durch die B 474n konträr diskutiert und letztlich mit einem klaren Votum der Bürgerinnen und Bürger von Waltrop unterstützt worden. Er gehe von einer breiten Unterstützung dieses Projektes aus, da bei allen Beteiligten unstreitig sei, dass gerade in der Emscher-Lippe Region die Schaffung industrieller Arbeitsplätze und Servicearbeitsplätze notwendig sei.

In der Sitzung der Strukturkommission sei ausgiebig über die Verkürzung der Beteiligungsfrist sowie eine kleinteilige Flächeninanspruchnahme diskutiert worden und die Bezirksregierung gebeten worden, hier noch Änderungen vorzunehmen. Die CDU-Fraktion werde dem heute vorliegenden, in den angeführten Punkten veränderten Beschlussvorschlag zustimmen.

Die CDU-Fraktion rege aber bereits jetzt für die künftige Beratung und Entscheidung über Ausgleichs- und Ersatzflächen an, dass dies in enger Kooperation mit den Landwirten erfolgen sollte.

**Herr Daldrup** stellte dar, dass die SPD-Fraktion mit den jetzt aufgrund der geführten Diskussionen gemachten Änderungen bzw. Klarstellungen in der Tischvorlage einverstanden sei und dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Allerdings dürfe die Entwicklung dieser Fläche für industrielle Großvorhaben nicht zu Lasten der für gewerbliche Nutzung zu entwickelnden Flächen in der Emscher-Lippe Region gehen. Außerdem halte er es für eine ausgesprochen ungeschickte Vorgehensweise, dass das Verfahren jetzt vor dem Hintergrund der bevorstehenden Veränderungen im Planungsverfahren so zügig vorangetrieben werden sollte.

**Herr Fehr** führte aus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließe sich der Argumentation und Begründung der Naturschutzverbände an und stelle den Antrag, dass das Verfahren in seiner Normalfrist abgewickelt werde und eine strategische Umweltprüfung durchzuführen sei.

**Herr Boos** befürwortete die Entscheidung, dass der Erarbeitungsbeschluss für das Gewerbegebiet „newPark“ noch in der Zeit der Zuständigkeit des Regionalrates gefasst werde. Die FDP-Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag in der überarbeiteten Fassung zustimmen.

**Herr Dr. Harengerd** bat um Erläuterung bezüglich der Flächengröße und machte deutlich, dass er die Forderung nach der Durchführung einer strategischen Umweltprüfung unterstütze.

**Frau Regierungsvizepräsidentin** erläuterte, dass mit der Tischvorlage verdeutlicht worden sei, dass sich hier ausschließlich entweder ein Großindustrieunternehmen oder ein Verbund industrieller Unternehmen mit einem Flächenbedarf von mindestens 80 ha ansiedeln dürfe.

**Herr Helmer** wies auf die Problematik aus Sicht der Landwirtschaft hin, die sich existentielle Sorgen machte bezüglich der Mehrfachplanungen im Raum. Hier gehe es nicht nur um „newPark“, sondern auch um die Ausgleichsflächen und den Ausbau

der B 474n. Grundsätzlich sei die Notwendigkeit von Neuausweisungen für Industrieflächen nicht gegeben, da im Ruhrgebiet ausreichend Industriebrachen und sanierte Flächen zur Verfügung stünden. Er äußerte die Bitte, bei den weiteren Planungen mit der Landwirtschaft ein vernünftiges Konzept bezüglich der Ausgleichsflächen abzustimmen. Hierzu wies er auf einen Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer hin, in dem Ausgleichsflächen aufgezeigt seien, die die landwirtschaftlichen Existenzen nicht so stark bedrohten.

**Der Vorsitzende** bestätigte den wichtigen Aspekt der Berücksichtigung der Landwirtschaft auch zum jetzigen Planungsstand und betonte, dass alle Fraktionen sich sehr um die Abwägung aller Interessen bemühen würden.

**Herr Siebert** kritisierte, dass erst aufgrund der Diskussion in den Fraktionsbesprechungen die Festlegung der Fläche auf 80 ha aufgenommen worden sei. Außerdem bat er, die Gründe für die nicht erforderlich gehaltene strategische Umweltprüfung im Protokoll festzuhalten.

**Herr Schönfeld** wies darauf hin, dass nach einer Untersuchung des RVR ausreichend Brachflächen zur Verfügung stünden. Somit erkläre sich das schnelle Vorgehen sowie die Durchführung eines verkürzten Verfahrens vor der Übertragung der Aufgaben an den RVR. Er halte es für besonders problematisch, dass keine strategische Umweltprüfung durchgeführt werden solle. Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

**Herr Regierungspräsident** wies auf die gesetzlichen Vorgaben hin, wonach für neue regionalplanerische Maßnahmen ab 2005 eine strategische Umweltprüfung durchgeführt werden müsse. Im vorliegenden Fall sei somit aufgrund des im Jahr 2004 genehmigten Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Emscher-Lippe, die Durchführung einer strategischen Umweltprüfung nicht notwendig. Bei Änderungsverfahren zum bestehenden Gebietsentwicklungsplan sei allerdings eine strategische Umweltprüfung durchzuführen.

Die Bezirksregierung sehe die von Herrn Helmer vorgetragene Bedenken hinsichtlich der Besorgnis der Landwirte wegen des möglichen Entzugs landwirtschaftlicher Flächen und werde in Gesprächen laufend über den Planungsstand informieren, um die Belange der Landwirtschaft in der Abwicklung möglichst zu berücksichtigen.

Im Gegensatz zu der angesprochenen Reaktivierung von Industriebrachenflächen im Ruhrgebiet für kleinteiligere Gewerbe- und Industriegebiete handele es sich bei der Planung für „newPark“ um die Bereitstellung von Flächen für großindustrielle Vorhaben mit einem Flächenbedarf von mindestens 80 ha.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Verfahren mit einer Beteiligungsfrist von 3 Monaten durchzuführen und eine strategische Umweltprüfung durchzuführen, wurde bei vier Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 37/2009 mit folgender mit Tischvorlage 2 zur Sitzungsvorlage 37/2009 vorgelegten Änderung bei vier Gegenstimmen zu:

1. Die Beteiligungsfrist für die zu beteiligenden Behörden und Stellen wird auf zwei Monate und für die Öffentlichkeit auf 6 Wochen festgelegt (§ 14 Abs. 2 und 3 LPIG).

2. Um zu unterstreichen, dass es sich bei „newPark“ um ein „Großvorhaben“ im Sinne des LEP NRW handelt, soll das neu zu fassende Ziel 16.2. im Regionalplan, Teilabschnitt Emscher-Lippe, die Formulierung erhalten: „Der Bereich „Datteln/Waltrop“ ist der Ansiedlung eines für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bedeutsamen und zukunftsorientierten Verbundes industrieller Unternehmen mit einem Flächenbedarf von mindestens 80 ha (Endausbaustufe) vorbehalten („newPark“) (siehe Anlage 1 – Textliche Ziele)

**TOP 2:       Regionalisierte Strukturpolitik**  
**I Clusterentwicklung**  
**II Münsterland**  
**III Emscher-Lippe**

**Herr Regierungspräsident** wies auf die ausführlichen Darstellungen zum Thema Clusterentwicklung und Wettbewerbsverfahren in der Sitzungsvorlage hin.

Er gab einen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzsituation im Regierungsbezirk. Alle 78 Städte und Gemeinden und die 5 Kreise planten und bewirtschafteten ab dem 01.01.2009 ihre Haushalte nach den Regeln des neuen kommunalen Finanzmanagements. Dadurch werde durch einheitliche Kriterien eine bessere Vergleichbarkeit hinsichtlich der Höhe des Eigenkapitals, des Verbrauchs und der Haushaltsentwicklung ermöglicht. Die Bezirksregierung werde dem Regionalrat in der Sitzung im September einen ausführlichen Gesamtüberblick vorlegen.

In der Münsterlandkonferenz am 13.02.2009 sei vereinbart worden, im Sommer 2010 einen Münsterlandtag zu dem Thema regionale Kulturpolitik zu veranstalten. Als Veranstaltungsort seien der Flughafen Münster-Osnabrück, die Konzerthalle in Coesfeld und das Stadttheater in Bocholt im Gespräch gewesen. In der Präsidiumssitzung am 10.06. habe man sich für das Stadttheater Bocholt ausgesprochen.

Darüber hinaus sei im Präsidium der Münsterlandkonferenz beschlossen worden, eine Sonderkonferenz zum Thema Breitbandversorgung im ländlichen Raum durchzuführen.

Für den Regierungsbezirk Münster sehr enttäuschend sei die Entscheidung der von der NRW-Landesregierung für die Standortentscheidung eingesetzten Jury für Bochum als Standort für den Gesundheitscampus NRW. Die Bewerbung Castrop-Rauxels sei äußerst professionell vorbereitet worden und auch nachhaltig unterstützt worden.

Ebenfalls sehr enttäuschend sei die Entscheidung gewesen, Coesfeld nicht als Standort bei dem neuen Ausbauprogramm für Fachhochschulen vorzusehen. Aufgrund einer heute geschlossenen Vereinbarung zwischen der Stadt Coesfeld und der Fachhochschule Münster werde aber in Coesfeld ab dem Wintersemester 2010/2011 auch ein Studienangebot in den Nebenfächern möglich sein.

Aufgrund des Zusammenhangs der Bereiche Schule und Bildung mit Standortattraktivität und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit gab er an dieser Stelle einen Überblick über die Unterrichtsversorgung im Regierungsbezirk Münster. Die Personalausstattungsquote liege in weiten Bereichen immer über 100 %, bei den Berufskollegs allerdings aufgrund der sogenannten Mangelfächer mit technischer Fachausrichtung nur bei 95,9 %. Hier werde versucht, z.B. durch spätere Verbeamtungstermine oder Nachqualifizierungen Abhilfe zu schaffen.

Speziell an Grundschulen stelle die Besetzung von Schulleiterstellen immer stärker ein Problem dar. Z.Zt. seien 24 Schulleiterstellen und 35 Konrektorstellen nicht besetzt und es werde verstärkt daran gearbeitet, in diesen Bereichen kurzfristig eine Besetzung zu erreichen.

**Herr Daldrup** wies zum Thema Unterrichtsversorgung darauf hin, dass im Kreis Warendorf 50.000 Unterrichtsstunden im Jahr ausfallen würden und hier dringende Unterstützung erforderlich sei.

Auch die Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes habe gezeigt, dass sich die Finanzlage der Kommunen in eine dramatische Richtung entwickelte. Hier könnten auch die in den letzten Jahren günstigen Rahmenbedingungen bezüglich der Gewerbesteuereinnahmen keine dauerhafte Abhilfe schaffen. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen müssten dringend Konsequenzen gezogen werden.

**Herr Streich** sprach das gemeinsame Positionspapier der Steinkohleregionen in NRW „Wandel als Chance“ für die Kohlerückzugsgebiete an und machte deutlich, dass hier die Entwicklung weiter vorangetrieben werden müsse.

**Herr Weber** ging auf die Entwicklung auf dem Lehrermarkt ein und berichtete, dass in den nächsten 3 Jahren bundesweit 300.000 Lehrer ausscheiden, aber nur jährlich 26.000 Lehrer ihr Studium abschließen würden. In diesem Jahr seien im Regierungsbezirk Münster zum 01.02. 470 Stellen ausgeschrieben und fast alle besetzt worden. Aufgrund der erwarteten schlechten Tendenz in den nächsten Jahren müssten vermehrt Seiteneinsteiger eingestellt sowie Qualifizierungsmaßnahmen für vorhandene Lehrkräfte angeboten werden.

**Herr Regierungspräsident** berichtete zum Thema Kohlerückzugsgebiete, dass hier die Zuständigkeit zum großen Teil auf den RVR übergehen würde und es noch einer Klärung hinsichtlich der weiteren Zuständigkeiten bedürfe.

**Herr Boos** ging auf die Unterrichtsversorgung ein und erkundigte sich nach Informationen über die Krankheitsquote und die Quote der Seiteneinsteiger. Die Problematik der nicht besetzten Schulleiter- und Konrektorstellen liege auch darin begründet, dass für die Übernahme dieser zusätzlichen Arbeiten kein entsprechender Ausgleich angeboten werde.

**Herr Weber** berichtete, dass es eine landesweite Krankheitsstatistik gebe, es aber schwierig sei, dies auf eine Schule runter zu rechnen. Tendenziell sei festzustellen, dass die Ausfallzeiten bei einem älteren Kollegium höher seien.

Bezüglich der Seiteneinsteiger sei insbesondere mit den Lehrerverbänden viel diskutiert worden über die pädagogische Eignung von Seiteneinsteigern.

Die Schwierigkeiten bei der Besetzung von Schulleiterstellen hätten sicher einen Zusammenhang mit dem hohen zusätzlichen Arbeitsanfall. Außerdem sei das neue Verfahren der Wahl der Schulleiter durch die Schulkonferenz mit vielen Problemen behaftet. Die Bezirksregierung werde dem Schulministerium vorschlagen, dieses Verfahren dahingehend zu ändern, dass Schulträger und Schulkonferenz ein qualifiziertes Votum abgeben und die Bezirksregierung nach Leistungsprinzipien entscheiden könne.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 19/2009 zur Kenntnis.

### **TOP 3: Information zum Konjunkturpaket II**

**Frau Regierungsvizepräsidentin** gab einen Überblick über den aktuellen Sachstand. Von insgesamt 41 Kommunen seien derzeit 194 Maßnahmen mit einer Gesamtinvestitionssumme von rd. 76 Mio. Euro gemeldet worden. Davon seien insgesamt rund 50 Maßnahmen genehmigt worden und einige Kommunen würden jetzt die Mittel abrufen. Die Bezirksregierung gebe einmal pro Woche die gemeldeten Mittel an den Bund weiter, so dass die Kommunen innerhalb von 14 Tagen über das Geld verfügen könnten. Das Verfahren habe sich eingespielt und bewährt. In der letzten Woche seien die Förderbescheide für die Krankenhäuser erstellt worden, so dass auch hier mit einem kurzfristigen Mittelabruf zu rechnen sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Boos** berichtete **Frau Regierungsvizepräsidentin**, dass die Kommunen anlässlich der Informationsveranstaltungen auf die Tauschmöglichkeiten hingewiesen worden seien. Auch im Internet sei auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden. Die Tauschbörse sei aber nicht bei den Bezirksregierungen, sondern beim Städte- und Gemeindebund eingerichtet worden.

Auf Nachfrage von **Herr Daldrup** führte **Frau Regierungsvizepräsidentin** aus, dass der Regierungsbezirk Münster mit einer Gesamtinvestitionssumme von 76 Mio. Euro gegenüber den anderen Regierungsbezirken sehr gut dastehe, allerdings könne sie keine Prozentquote nennen. Insgesamt gesehen gebe es aufgrund der gut angenommenen Beratungen und des immer wieder überarbeiteten Fragenkataloges keine Abwicklungsschwierigkeiten. In der Sitzung des Regionalrates im September könne noch genauer und detaillierter über die Mittelabflüsse berichtet werden.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 20/2009 zur Kenntnis.

### **TOP 4: Novellierung Raumordnungsgesetz**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 21/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

### **TOP 5: Novellierung Landesplanungsgesetz**

Der Regionalrat nahm das mit Tischvorlage vorgelegte Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Gesetzentwurf zur Kenntnis und beschloss einstimmig, eine aus allen Fraktionen zu besetzende Kommission zu bilden und mit der Erarbeitung der Stellungnahme des Regionalrates zu beauftragen.

Mitglieder dieser Kommission sind für die CDU-Fraktion Herr Rauen, Herr Dr. Stocks und Herr Ballenthin, für die SPD-Fraktion Frau Puschadel und Herr Daldrup, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Fehr und für die FDP-Fraktion Herr Streich. Eine Kommissionssitzung wurde für den **27.07.2009 um 9.00 Uhr** anberaumt.

**TOP 6: Präsentation der Ergebnisse des Fördermittelcontrollings bei der Bezirksregierung Münster**

**Herr Regierungspräsident** erläuterte einleitend, dass das für Organisation und Controlling zuständige Dezernat 14 der Bezirksregierung im Rahmen eines Fördermittelcontrollings die entsprechenden Daten systematisch erfasst habe.

**Herr Sträterhoff** stellte anhand von Folien (Folien des Vortrages s. Anlage 2) die Datengrundlage vor, gab einen Überblick über die Verteilung der Fördermittel im Regierungsbezirk und die Möglichkeiten der Kombination von Förderdaten mit Strukturdaten in den Bereichen Demografie, Bildung, Arbeitsmarkt und Verkehr.

Auf Nachfrage von **Herrn Daldrup** führte **Herr Regierungspräsident** aus, dass die Daten noch nicht so detailliert erfasst seien, um zielgerichtete Informationen für bestimmte Kommunen abfragen zu können.

**Herr Boos** sprach die Übertragung der Zuständigkeiten im Emscher-Lippe Raum auf den RVR an und bat um Auskunft, ob künftig auch für diesen Bereich ein Fördercontrolling geplant sei.

**Frau Regierungsvizepräsidentin** machte deutlich, dass bisher nur die Bezirksregierung Münster ein solches Fördercontrolling aufbaue.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 22/2009 zur Kenntnis und bedankte sich für die Powerpointpräsentation.

**TOP 7: Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen**  
Stellungnahme im Rahmen der Genehmigung

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 23/2009 bei zwei Stimmenthaltungen zu.

**TOP 8: Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Regionalplans Münsterland**

**Frau Regierungsvizepräsidentin** erläuterte die Sitzungsvorlage mit dem aktuellen Sachstand zur Fortschreibung des Regionalplans Münster. Sie gehe davon aus, dass bis zum September ein erster interner Arbeitsentwurf erstellt werden könne.

**Herr Eiling** berichtete über den von der Industrie- und Handelskammer Nordrheinwestfalen im intensiven Austausch mit den Kommunen erstellten Fachbeitrag. Dabei sei ein Flächenbedarf für Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche von insgesamt 3.000 ha bis 2025 ermittelt worden. Die Schwierigkeiten der Realisierung einer so engagierten Flächenbereitstellung seien bekannt. Daher werde man vielleicht im Münsterland auf eine Kompensation mit den ASB-Flächen setzen und sich um eine Realisierung von Flächenrecycling und Nachverdichtung bemühen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 24/2009 zur Kenntnis.

**TOP 9: Regionalplanerische Steuerungsmöglichkeiten für die Ansiedlung von neuen Großmastanlagen im Münsterland**

**Frau Regierungsvizepräsidentin** erläuterte die Sitzungsvorlage und führte ergänzend aus, dass die Bezirksregierung eine Vielzahl von Gesprächen mit unterschiedlichen Teilnehmerkreisen geführt habe, um die Steuerung von Tierhaltungsbetrieben unter den verschiedensten Belangen zu beleuchten. Auf Grund dieser Gespräche habe die Bezirksregierung den Eindruck gewonnen, dass es derzeit im Münsterland kein flächendeckendes Problem mit Tiermastintensivanlagen gebe, sondern dass es sich um einzelne Schwerpunkte in den Kreisen Borken, Coesfeld und Steinfurt handele, in denen Genehmigungen beantragt worden seien. Als Ergebnis dieser Gespräche und Untersuchungen empfehle die Bezirksregierung, auf der Ebene der Regionalplanung keine Konzentrationszonen auszuweisen, sondern eher auf der Ebene der Kommunen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Bezirksregierung werde den Prozess aber weiter begleiten und werde dem Bauministerium eine Dienstbesprechung speziell zu diesem Thema vorschlagen, um eine Klärung herbeizuführen. Außerdem sei beabsichtigt, den Kontakt zur Landwirtschaftskammer weiter zu intensivieren.

**Der Vorsitzende** bedankte sich für die Informationen. Hier sei hinreichend deutlich geworden, dass die regionalplanerische Steuerung nicht zur Verfügung stehe, die Bezirksregierung aber den Kommunen unterstützend zur Seite stehen werde.

**Herr Fehr** bedankte sich bei der Bezirksregierung für die umfangreiche Befassung mit dem Thema. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei das Ergebnis der Prüfung nicht zufriedenstellend, man habe aber nun eine gute Wissensbasis, um hier weiter eine Klärung voranzutreiben und darauf zu drängen, dass im bundesgesetzlichen Bereich an dieser Problematik weiter gearbeitet werde.

**Herr Dr. Loos** bedankte sich für die umfangreiche und sehr aufschlussreiche Sitzungsvorlage und regte an, hieraus ein Destillat zu ziehen und in den einschlägigen Fachzeitschriften auch zur Diskussion zu stellen.

**Herr Dr. Harengerd** regte an, bei der Prüfung der Raumbedeutsamkeit auch die Auswirkungen solchen Massenzuchtanlagen auf die Nutzung der weiteren Umgebung einzubeziehen.

**Herr Ballenthin** machte deutlich, dass es hier um Einzelfälle gehe und daher Regelungen und Steuerungen für den gesamten Regierungsbezirk unangebracht seien.

**Herr Helmer** bedankte sich für die sehr informative Sitzungsvorlage und berichtete, dass die Landwirtschaftskammer einen Arbeitskreis gebildet habe, um die Problematik vor Ort zu lösen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 25/2009 zur Kenntnis.

**TOP 10: 22. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Münsterland, - Umwandlung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) mit Zweckbindung „Zementindustrie“ in einen GIB mit der Zweckbindung „Bioenergien / regenerative Energien“ auf dem Gebiet der Stadt Ahlen**  
**Erarbeitungsbeschluss-**

TOP 10 wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**TOP 11: Städtebau**  
**Unterrichtung über das Städtebauinvestitionsprogramm 2009**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 26/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**TOP 11a: Städtebau**  
**Investitionspakt zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen 2009**

Auf Nachfrage von **Herr Siebert** führte **Frau Regierungsvizepräsidentin** aus, dass eine keine Möglichkeiten für die Förderung weiterer Projekte gebe, da das der Regierungsbezirk Münster zustehende Mittelkontingent bereits überzeichnet sei.

**Herr Daldrup** kritisierte deutlich das durchgeführte Verfahren, nach dem weder die Strukturkommission noch der Regionalrat in die Lage versetzt worden sei, eigene Prioritäten und inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Das könne so auf keinen Fall akzeptiert werden.

Der Vorsitzende erläuterte, dass bedingt durch die Terminvorgaben des Ministeriums keine andere Möglichkeit der Beteiligung des Regionalrates bestanden hätte.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 39/2009 bei 1 Stimmenthaltung zu.

**TOP 12: Linienabstimmung/ Linienbestimmung für den Neubau der L 547 zwischen Ahlen/ Dolberg und Hamm/ Uentrop als Verbindung von der B 61 zur L 736 (auch "Lippequerung" genannt).**  
**- Raumordnerisches Verfahren nach § 37 Straßenweegegesetz NRW (StrWG NRW) -**  
**hier: Beteiligung des Regionalrates nach § 37 (3) StrWG NRW**

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 27/2009 bei zwei Stimmenthaltungen zu.

**TOP 13: 18. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Münsterland, - Umwandlung von Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) in Wohnsiedlungsbereich (WSB) auf dem Gebiet der Stadt Ibbenbüren  
- Bekanntmachung der Genehmigung-**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 28/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**TOP 14: Künftige Bevölkerungsentwicklung im Regierungsbezirk Münster  
Ergebnisse der neuen Bevölkerungsvorausschätzung 2008 -  
2030/50 des IT.NRW**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 36/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**TOP 15: Vertretung des Regionalrates Münster im Trägerkreis „Allianz für die Fläche“**

Der Vorsitzende übergab die Sitzungsleitung an die stellvertretende Vorsitzende.

**Herr Daldrup** gab zu bedenken, Voraussetzung für die Entsendung eines Mitgliedes des Regionalrates in den Trägerkreis „Allianz für die Fläche“ sei, dass der Regionalrat Mitglied dieser „Allianz für die Fläche“ werde.

**Herr Fehr** unterstützte den Vorschlag, dass der Regionalrat der Initiative beitrete und Herrn Rauen als Vertreter des Regionalrates entsende.

**Herr Pantförder** schloss sich den Ausführungen der Vorredner an.

Der Regionalrat beschloss einstimmig den Beitritt zur Initiative „Allianz für die Fläche“ und stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 38/2009 zu, wonach der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Rauen, die Mitarbeit im Trägerkreis wahrnimmt.

**TOP 16: Verschiedenes**



Vorsitzender

weiteres Mitglied

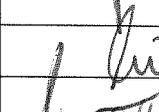
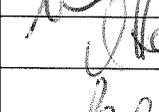
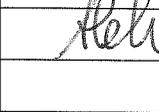
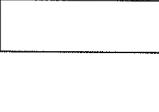
Schriftführerin

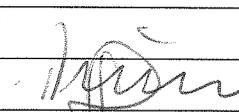
**Anwesenheitsliste**  
**für die Sitzung des Regionalrates**  
**des Regierungsbezirks Münster**  
**am 22. Juni 2009**

Beginn: 9.30<sup>5</sup> Uhr  
 Ende: 12.20 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart		X	
Boos, Thomas		X	
Daldrup, Bernhard		X	
Dillmann, Oswin		X	
Fehr, Helmut		X	
Gerdes, Michael		X	
Hild, Karl-Wilhelm		X	
Hollmann-Bielefeld, Gabriele		X	
Horstick, Hermann		X	
Hötker, Rolf		X	
Klein, Rolf		X	
Lind, Oliver			
Loos, Helmut		X	
Niermann, Werner		X	
Oberfeld, Franz-Josef		X	
Pantförder, Wolfgang		X	
Puschadel, Brigitte		X	
Rauen, Engelbert		X	
Reiter, Udo		X	
Schönfeld, Siegfried		X	
Siebert, Jürgen		X	
Dr. Stocks, Stefan		X	
Streich, Hans-Jürgen		X	
Tarner, Hedwig		X	
Trottenburg, Roland			

mit städt.  
Dienstwagen

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Aust, Norbert		X	
Borgelt, Erwin			
Eiling, Hermann		X	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich		X	
Dr. Harengerd, Michael		X	
Dr. Hülsdünker, Josef			
Helmer, Heinrich		X	
Tenhofen, Bernhard			
Leuteritz, Erika			

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Regionalverband Ruhrgebiet			
Landschaftsverband Westfalen-Lippe		X	
Oberbürgermeister Gelsenkirchen	<i>i.V. von der Lütken</i>		
Oberbürgermeister Münster			
Oberbürgermeister Bottrop			
Landrat Borken			
Landrat Coesfeld			
Landrat Recklinghausen			
Landrat Steinfurt			
Landrat Warendorf	<i>i. A. Lütken</i>		

